

Sperrfrist: 28. März 2019, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Dr. Holger Bingmann

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Europa am Scheideweg
Staatsinterventionismus und offensive Industriepolitik als
Allheilmittel?**

- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -

Berlin, 28. März 2019, 10.30 Uhr
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
zwei äußerst wichtige Termine von größter Tragweite für die Zukunft Europas liegen unmittelbar vor uns: zum einen, wie auch immer die scheinbar unendliche Geschichte ausgehen mag, der ursprüngliche Brexit-Termin morgen, zum anderen die Europawahl in knapp zwei Monaten.

Nicht nur beim derzeitigen Zustand Europas wird mir am Vorabend des ursprünglichen Austrittstermins Großbritanniens aus der EU angst und bange. Auch die Vorstellungen und Gedankenspiele für eine zukünftige Ausrichtung der EU und Deutschlands mit Blick auf den rasanten Aufstieg Chinas sowie die von der aggressiven US-Handelspolitik zusätzlich befeuerte weitere Aushöhlung der Welthandelsordnung bereiten mir große Sorgen. Ich habe große Erwartungen an das unmittelbar bevorstehende Treffen zwischen den Präsidenten Chinas und der USA. Eine Entspannung zwischen den beiden größten Volkswirtschaften wäre ein notwendiges Signal für die gesamte Weltwirtschaft.

Es ist ein Irrglaube zu meinen, dass wir Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen, wenn wir uns national oder europäisch abschotten – das gilt in Richtung der Populisten allerorten genauso wie mit Blick auf industriepolitische Vorstellungen in Brüssel und neuerdings auch Berlin. Ein „China light“ ist keine Option für uns! Keinesfalls dürfen wir Europa zu einer Trutzburg ausbauen. Die wettbewerbsfeindlichen Töne, die wir vernehmen, würden Europa schwächen, und nicht etwa stärken.

Meine Damen und Herren,

angesichts der zahlreichen handels- und sicherheitspolitischen Turbulenzen im vergangenen Jahr hat sich der deutsche Außenhandel 2018 durchaus positiv entwickelt. Gleichwohl haben diese Turbulenzen ihre Spuren hinterlassen: So wurden die Werte von 2017 übertroffen und neue Rekorde erzielt, jedoch hat sich die Wachstumsrate unserer Exporte mehr als halbiert.

Unsere gesamten Exporte sind 2018 um 3 Prozent auf 1.317,9 Milliarden Euro gestiegen. Unser größter Exportmarkt war dabei erneut Europa mit 900,2 Milliarden Euro. Die tragende Säule dieses Handels sind die Wirtschaftsbeziehungen mit den EU-Ländern: 3,8 Prozent mehr deutsche Waren gingen 2018 in europäische Mitgliedsstaaten (778,6 Milliarden Euro). Gerade mit Blick auf die bevorstehenden Europawahlen unterstreichen diese Zahlen eindrucksvoll die Bedeutung der Europäischen Union für Deutschlands Wohlstand und soziale Sicherheit. Obwohl die

Beziehung mit unserem traditionellen Handelspartner Frankreich fast stagniert (-0,3%), bleibt unser Nachbar unser zweitwichtigster Exportmarkt. Eine Entwicklung innerhalb Europas sticht besonders hervor: Mit einem Anstieg von 45,5 Prozent (Wert: 11,4 Milliarden Euro) sind die deutschen Exporte nach Irland im zweiten Jahr in Folge am stärksten gewachsen, während die Exporte ins Vereinigte Königreich um 4 Prozent zurückgingen. Mit Blick auf das weiter offene Wann und Wie des beabsichtigten Brexits und die vielen ungelösten Fragen werden diese Entwicklungstendenzen sich wohl verstärken oder zumindest bestehen bleiben.

Wichtigster Zielmarkt für unsere Ausfuhren bleiben die USA. Hier hat die erratische Politik von Präsident Trump deutliche Spuren hinterlassen: Mit einem Wert von 113,5 Milliarden Euro sind die deutschen Ausfuhren nur um 1,5 Prozent gewachsen. Die weiterhin drohenden Strafzölle auf europäische Automobilexporte – dazu noch mit Risiken für die nationale Sicherheit der USA begründet, obwohl die Investitionen der deutschen Autobauer nachweislich zum US-Wirtschaftswachstum beitragen – sind eine Riesenbelastung für die weitere Entwicklung unserer Handelsbeziehungen.

Dass das auch anders geht, beweisen die deutschen Exporte nach Brasilien. Zum ersten Mal seit 2012 wurden wieder mehr deutsche Waren nach Brasilien geliefert (+11,7%).

Betrachten wir die Importseite unseres Handels, so lässt sich feststellen, dass sich die Einfuhren auch im Jahr 2018 ganz prächtig entwickelt haben. Auch wenn sie nicht im selben Maß wie 2017 angestiegen sind, so sind deutsche Importe doch immerhin noch um fast 6 Prozent – und damit fast doppelt so stark wie die Exporte – gewachsen (+5,7% auf 1.089,7 Milliarden Euro). Getragen wurde dies im vergangenen Jahr auch von einer guten Binnenkonjunktur. Auch hier ist die EU mit einem Warenwert von 623,1 Milliarden Euro der wichtigste Beschaffungsmarkt. Ein gesundes, starkes und wettbewerbsfähiges Europa muss uns also ein Herzensanliegen sein!

Währenddessen wächst unsere wirtschaftliche Verflechtung mit China, unserem wichtigsten Handelspartner, weiter: 2018 betrug das bilaterale Handelsvolumen 199,3 Milliarden Euro (+6,1%). Doch auch Chinas Wachstum droht weiteres Ungemach, aufgrund des Handelskonflikts mit den USA. Sollte dieser eskalieren, so wird dies auch die deutsche Wirtschaft zu spüren bekommen. Hinzu kommt die aktuelle Diskussion über den Systemwettbewerb mit China und über chinesische

Investitionen hierzulande, die die langjährigen bilateralen Beziehungen neu definieren könnten.

Meine Damen und Herren,

wir halten die Debatte, wie europäische und insbesondere auch deutsche Firmen im globalen Wettbewerb mit staatlich gepöppelten Unternehmen, beispielsweise aus China, bestehen können, für richtig und überfällig. Von den bisher vorgeschlagenen Maßnahmen sind wir jedoch nicht überzeugt. Vielmehr scheint der Geist französischer Wirtschaftspolitik mit deren nationalen Champions in Berlin und Brüssel zu verfangen. Stellt man aber die wirtschaftliche Entwicklung und Perspektiven Deutschlands mit seiner traditionell zurückhaltenden Industriepolitik und Frankreichs gegenüber, muss man vor dieser Entwicklung laut warnen – ganz abgesehen davon, dass wir eine ganzheitliche Betrachtung der Wertschöpfung vermissen, die auch Handel und Dienstleistung integriert.

Zunächst einmal sollten wir nicht hysterisch werden: Es gibt keinen Grund für die aktuelle China-Phobie. Schließlich ist Deutschland nicht Opfer, sondern einer der größten Profiteure des ökonomischen Aufstiegs Chinas, der tatsächlich atemberaubend ist. Das Land hat beeindruckende Erfolge bei der Modernisierung seiner Infrastruktur und seiner Industrie erzielt und dabei mehrere technologische Entwicklungsstufen auf einmal erfolgreich übersprungen. Dadurch ist es gelungen, hunderte Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist ein Paradebeispiel für die Vorteile, die Globalisierung haben kann.

Ohne massive ausländische Investitionen und den Zufluss von ausländischem Know-how, auf legalem wie auf illegalem Wege, wäre dies indes nicht möglich gewesen. Und vielfältige interne Probleme wie drohende gesellschaftliche Verwerfungen, fehlende Sozialsysteme, Demographie, Korruption und Umweltverschmutzung haben auch künftig enormes Potential, das Land zu destabilisieren. Und wie für Deutschland gilt auch für China: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Nur in Deutschland sehen wir dies an anschaulichen Beispielen deutlicher. Doch mit einer immer stringenteren Staatswirtschaft sowie der Aufgabe der Trennung von Partei und Staat löst China sich selbst von einigen seiner Erfolgsprinzipien. Die ungleich größere Gefahr sehe ich daher eher in einem abrupten Ende des Aufstiegs Chinas.

Der Erfolg der deutschen Wirtschaft beruht auf offenen Märkten und fairen Regeln, die von allen eingehalten werden. Hier müssen wir nachbessern, insbesondere mit Blick auf Subventionen, beispielsweise von und durch chinesische Staatsunternehmen. Doch ich erschauere, wenn ich die Tonlage der aktuellen Diskussionen beobachte. Ja, es gibt sensible Infrastruktur, die der Staat sicherstellen muss. Aber ein „Germany First“ ist definitiv die falsche Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich zitiere: „Es mag sein, dass wir nach den Sternen – industriepolitisch – gegriffen haben, aber mindestens bezogen auf die europäische Luftfahrtindustrie haben wir wesentliche Teile davon in der Hand“, das sagte vor 14 Jahren der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der öffentlichen Präsentation des Airbus A380, dessen Entwicklung rund 14 Milliarden Euro gekostet hat. Das Ergebnis ist bekannt, auch wenn einiges von dem Know-how weiterleben wird. Während die dominierenden US-Digitalunternehmen seit Jahren massiv in weitere Innovation investieren, soll jetzt in Europa ein Innovationsrat die Technologieführerschaft bringen. Zugleich wird hierzulande weiter die Priorität auf den Ausbau des Sozialstaates gelegt, statt die Aufholjagd in Sachen Künstlicher Intelligenz oder den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu beschleunigen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation sehen wir die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands und Europas stärkt – nicht zuletzt, um auch künftig weiter auf Augenhöhe mit China und den USA sprechen zu können. Eine Wirtschaftspolitik,

- die den Wettbewerb fördert, statt ihn auszuhöhlen,
- die attraktive Standortbedingungen für Unternehmen bietet, von der Besteuerung über Infrastruktur, Innovationen und Investitionen,
- die die Offenheit von Märkten sicherstellt.

Wir sind nicht naiv, wir B2B-Händler und -Dienstleister wissen um die Bedeutung der Industrie als Auftraggeber; doch das Rückgrat bilden die weit über 1.000 meist unbekanntesten, mittelständischen Weltmarktführer – sie bedürfen einer Aufmerksamkeit durch die Politik, anstatt einer Vorgabe von Zielwerten. Eine zeitgemäße Besteuerung der Unternehmen, die sich der Höhe nach an den Entwicklungen in anderen Industrieländern und dynamischen Volkswirtschaften orientiert, wäre ein erster wichtiger Schritt.

Hinzu kommt, dass eine nationale Industriestrategie zwei Drittel der Wertschöpfung in Deutschland ignoriert. Der Anteil des produzierenden Gewerbes am BIP betrug zuletzt 25,8 Prozent. Der Dienstleistungsbereich, der einen Anteil von 68,2 Prozent ausmacht, wird dabei gänzlich vernachlässigt. Und auch den nationalen Ansatz halten wir für den falschen Weg zur langfristigen Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Nur ein gemeinsames Vorgehen in Europa kann die Antwort auf die globalen Herausforderungen sein.

Das überaus erfolgreiche Friedens- und Wohlstandsprojekt Europa steht unter einem noch nie dagewesenen Druck. Die Zentrifugalkräfte, getrieben durch die populistischen Kräfte in den Mitgliedsstaaten, aber auch durch fehlende Vermittlung des praktischen Nutzens und der fühlbaren Vorteile der EU, zerren an der europäischen Einheit. Die Vertiefung und Vervollständigung des europäischen Binnenmarktes für Waren und Dienstleistungen muss daher umso dringender vorangetrieben werden. Europa kann damit den Raum für innovative Technologien und Geschäftsmodelle bieten, den Unternehmen für Wachstum dringend benötigen. Wir dürfen uns nicht selber klein machen!

Die Antwort auf die aggressiven, nationalen Industriepolitiken in den USA und China soll nun – in Abkehr vom bisherigen Erfolgsmodell – eine eigene nationale Industriestrategie sein, die einen Staatsinterventionismus zum Ziel zu haben scheint. Das verträgt sich jedoch nicht mit dem berechtigten Vorwurf des Protektionismus an andere. Anstatt den Mittelstand zu stärken, wird unter anderem das Ziel formuliert, Großkonzerne vor Wettbewerb und Übernahmen zu schützen. Wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass der Staat den Märkten und privaten Investoren bei der Auswahl wettbewerbsfähiger bzw. förderungswürdiger Sektoren oder gar Unternehmen nicht überlegen ist. Vielmehr zeigen Beispiele aus der Vergangenheit, dass die Schaffung von Oligopolen oder gar Monopolen stets zulasten der Kunden und Verbraucher geht. Ein staatlicher Eingriff muss sich auf existenzielle Infrastruktur- und Sicherheitsaspekte konzentrieren und eine seltene Ausnahme bleiben. Vor diesem Hintergrund lehnen wir auch ein Veto-Recht der Politik bei Unternehmensübernahmen ab. Sofern es Lücken im europäischen Wettbewerbsrecht gibt, müssen diese geschlossen werden. Beispielsweise erachten wir es durchaus als sinnvoll zu prüfen, ob als Referenzmarkt zur Beurteilung von Übernahmen und Fusionen derzeit der globale Wettbewerb ausreichend Berücksichtigung findet. Die Grundlage für diese Entscheidungen muss aber eine

rechtsstaatliche Entscheidung sein und sollte keinen politischen Hintergrund haben. Hinsichtlich der Digitalisierung muss der Wettbewerb dadurch gestärkt werden, dass gerade kleinen und mittelständischen Unternehmen beispielsweise der Zugang zu Datennetzwerken gewährt wird. Gerade mit Blick auf die Industrie muss verhindert werden, dass es hier zu neuen Datenmonopolen und geschlossenen Datennetzwerken kommt.

Anstatt unsere Wirtschaft abzuschotten, sollten wir alles unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen international zu verbessern. Hierzu zählen deutlich stärkere Investitionen in die eigene digitale Infrastruktur wie die Verkehrsinfrastruktur, die Grundlagenforschung aber auch in die Aus- und Weiterbildung. Finanzierungsmöglichkeiten für Start-Ups müssen verbessert werden, damit die Ideen, die ja in Deutschland und Europa existieren, wachsen und Marktreife erreichen können und in einem funktionierenden europäischen Binnenmarkt skaliert werden können. Die Reform des Unternehmenssteuerrechts wird seit Jahren nicht angegangen, obwohl sie dringend notwendig ist, um ausreichend Anreize für Investitionen in Deutschland, gerade auch in Innovation und Forschung, sicherzustellen. Eine wirksame Förderung der deutschen Unternehmensinteressen besteht aber auch beispielsweise darin, das sogenannte „Gold-Plating“, also das überbordende Umsetzen von EU-Vorgaben, zu beenden, damit es deutsche Unternehmen wenigstens innerhalb der EU nicht noch schwerer als andere haben. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch mit großer Sorge den jüngsten Vorstoß aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Einführung eines Mantelgesetzes zur nachhaltigen Gestaltung globaler Wertschöpfungsketten und zur Änderung wirtschaftsrechtlicher Vorschriften. Nicht zuletzt muss ein zentraler Pfeiler einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik im Sinne des deutschen Mittelstands auch die Stärkung des Multilateralismus sein. Deutschland hat beispielhaft von der Globalisierung profitiert. Grundlage eines langfristigen Erfolgs der Globalisierung ist ein regelgebundener Handel. Deutschland muss sich daher mit seinen Wertepartnern in der EU und außerhalb darüber verständigen, wie diese Regeln auch mit Blick auf staatliche Subventionen weiterentwickelt werden können. Gerade Deutschland darf die multilateralen Institutionen nicht durch nationale Alleingänge schwächen. Denn eine Welt ohne wirksame internationale Organisationen kann nicht in unserem Interesse sein.

Meine Damen und Herren,

die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sind entscheidend für die Weichenstellungen unserer europäischen Zukunft, auch der deutsche Außenhandel wird davon massiv betroffen sein.

So muss mit einem Erstarren von EU-feindlichen und rechtspopulistischen Parteien gerechnet werden. Anti-Europäer sind einigen Prognosen zufolge auf dem Weg, mehr als ein Drittel der Sitze im nächsten Europäischen Parlament zu gewinnen.

Obwohl es erhebliche inhaltliche Unterschiede zwischen den antieuropäischen Parteien gibt, könnten sie die Handlungsfähigkeit der EU zum Erliegen bringen, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, da angesichts der globalen Turbulenzen mehr Entschlossenheit, Zusammenarbeit und globale Führungsstärke gefordert sind.

Sie könnten die Arbeit des Parlaments in den Bereichen Außenhandel, Reform der Eurozone und Freizügigkeit behindern und die Fähigkeit der EU einschränken, europäische Werte in Bezug auf Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte zu bewahren.

Auch wenn der Euro nicht in unmittelbarer Gefahr ist, ist und bleibt der Zugewinn der Euro-Gegner ein erster, ernstzunehmender Schritt in die falsche Richtung. Denn eine Rückkehr zu nationalen Währungen hätte drastische Folgen, besonders für den deutschen Außenhandel. Die Exportwirtschaft würde unter einer aufgewerteten, nationalen Währung leiden und die anfallenden Transaktionskosten würden der deutschen Wirtschaft Milliarden kosten.

Ebenfalls finden sich im extremen rechten sowie im extremen linken Spektrum europäischer Parteien viele Globalisierungsgegner, die den Freihandel ablehnen, während die Gruppe der Verfechter des voranschreitenden Freihandels in der nächsten Wahlperiode eine beträchtliche Anzahl von Sitzen verlieren dürfte. Zu befürchten ist, dass dies grundsätzlich die Ratifizierung von mühevoll ausgehandelten neuen Freihandelsabkommen der EU in den nächsten fünf Jahren nahezu unmöglich macht.

Dies betrifft insbesondere laufende Verhandlungen der EU mit dem Mercosur-Block, Australien und Neuseeland sowie ein mögliches transatlantisches Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Gerade das letztere Abkommen könnte nach der Wahl auf einen größeren Block des Widerstands stoßen. Beide extremen Flügel eint die Gemeinsamkeit, anti-transatlantisch abzustimmen.

Angesichts der weltweit zunehmenden Handelskonflikte sind deutsche Exporteure und Importeure jedoch auf den Zugang zu neuen Märkten angewiesen. Eine Blockade der Handelsagenda der EU durch das EP in der neuen Legislaturperiode würde die deutsche Wirtschaft vor große Probleme stellen. Ohne den Zugang zu neuen Märkten wird es zunehmend schwieriger, aktuellen, protektionistischen Maßnahmen großer Handelspartner auszuweichen.

Offen bleibt auch, wie sich der europäische Binnenmarkt entwickeln wird, wenn sich populistische, europaskeptische Kräfte weiter ausbreiten. Wir gehen davon aus, dass ein Erstarren dieser Kräfte im Europäischen Parlament den europäischen Integrationsprozess zum Erliegen bringen wird – insbesondere mit Blick auf die Vertiefung des Binnenmarktes. Auch wird es in der nächsten Wahlperiode noch schwieriger sein als zuvor, Mehrheiten für föderale Reformprozesse zu finden. Zudem würde das der Renationalisierung und dem protektionistischen Gebaren einiger EU-Mitgliedsstaaten weiteren Vorschub leisten, wie wir es seit einigen Jahren in einigen osteuropäischen Ländern erleben müssen.

Neben den Wahlerfolgen dieser Parteien bei den letzten Wahlen in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten gibt uns auch ein weiterer allgemeiner Trend Anlass zur Sorge: die mangelnde Wahlbeteiligung. Bei den letzten Wahlen zum EU-Parlament gab es eine stetig abnehmende Wahlbeteiligung. Sie sank in den letzten 35 Jahren von 62% im Jahr 1979 auf nur 42,6% im Jahr 2014. Ein erneutes Absinken der Wahlbeteiligung würde zu einer noch stärkeren Fragmentierung des politischen Spektrums führen und noch stärkere Sitzverluste der etablierten Parteien der Mitte bewirken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Nationalismus, Protektionismus, Aufgabe der Freiheiten, die Europa entwickelt und groß gemacht haben, werden wir keine Antworten auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts finden.

Wir würden von den großen Mächten – wirtschaftlich und politisch –, China, die USA und Russland, zerrieben werden. Damit würden nicht nur wir untergehen, sondern auch unsere Werte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!